

„Butter bei die Fische“

Haushalt 2011: Regierung fordert Sparvorschläge von CDU und FDP

23. Februar 2011 – Der Landtag NRW hat in erster Lesung über den Haushaltsplan für 2011 debattiert, den die Landesregierung im Entwurf vorgelegt hat. Er umfasst insgesamt rund 55,8 Milliarden Euro. Die Landesregierung wirbt für eine vorsorgende Sozialpolitik und nimmt dafür etwa 7,1 Milliarden Euro neue Schulden in Kauf. Später, so argumentiert sie, zahlten sich Zukunftsinvestitionen nicht nur sozialpolitisch, sondern auch ökonomisch aus. CDU und FDP kritisieren die aus ihrer Sicht verheerende Verschuldungspolitik, die Linke erkennt Schnittmengen mit der Regierungspolitik. Ministerpräsidentin Kraft fordert Sparvorschläge von CDU und FDP.

„Vorbeugung jetzt anstelle von Reparaturkosten in der Zukunft.“ Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD) kündigte an, gemäß diesem Motto investiere die rot-grüne Landesregierung im Jahr 2011 rund 1,1 Milliarden Euro in die Zukunft des Landes, setze mit 500 Millionen Euro aber auch ein „klares“ Sparsignal. Gleichzeitig betonte der Minister, nach dem Konjunkturabsturz von nie gekanntem Ausmaß sei ein wirtschaftliches Gleichgewicht auch heute nicht gegeben. Die Wirtschaft habe sich von der schärfsten Rezession seit 1945 noch nicht erholt. Für den aktuellen Aufschwung bestünden nach wie vor erhebliche Risiken, insbesondere in der Exportwirtschaft sowie durch die anhaltenden Banken- und Staatsschuldenkrisen. Von daher sei es folgerichtig, eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts anzunehmen. Sechs von 16 Bundesländern beriefen sich aktuell darauf. Daher müssten auch die neuen Schulden im Haushaltsentwurf 2011 die Höhe der Investitionen überschrei-

ten. Allerdings rechnete der Finanzminister mit Einsparungen von 500 Millionen Euro am Ende des Jahres. Addiere man dies zur geplanten globalen Minderausgabe von 270 Millionen Euro, sinke die Neuverschuldung laut Ergänzungsvorlage zum Haushalt von 7,8 auf 7,1 Milliarden Euro. Insgesamt verteidigte Walter-Borjans den Ansatz einer „vorsorgenden Politik“ der Landesregierung als nachhaltige Sicherung der Leistungsfähigkeit Nordrhein-Westfalens.

Als Etikettenschwindel bezeichnete dagegen Karl-Josef Laumann (CDU) die Darstellung dieser Finanzpolitik. Sie sei weder neu noch präventiv, sondern die „alte, bequeme sozialdemokratische Schuldenpolitik“, von der sich alle anderen

die Regierung dann einen belastbaren Entwurf vorgelegt habe. Im Einzelnen kritisierte Laumann die vorgesehene Streichung der Studiengebühren sowie das beitragsfreie Kindergartenjahr als Geschenke an Besserverdienende. Die Regierung wolle für Vorbeugung, Betreuung und Bildung Geld ausgeben, das sie nicht habe. Noch dazu fehle ihr ein erkennbares und berechenbares wirtschaftspolitisches Konzept. Aus dem Industrieland NRW solle offenbar ein Naturschutzgebiet werden.

Die Kritik seines Vorredners wertete Norbert Römer (SPD) als kleinkariert, rückwärtsgerichtet und ohne Perspektive für die Menschen. Anscheinend scheue die CDU die politische Auseinandersetzung. Der erste Haushalt der rot-grünen Regierung sei gekennzeichnet von Vorsorge für die Familien, Kinder, Städte und Gemeinden. Die Zukunftschancen der Kinder bestimmten über den wirtschaftlichen Erfolg von morgen, unterstrich Römer. Nach der Produktionslücke durch den „drastischen Absturz unserer Wirtschaft“ sei heute eine Politik für mehr Arbeit mit Perspektive und anständiger Bezahlung notwendig. Somit kennzeichneten den Haushaltsentwurf drei klare Linien: Zukunftsinvestitionen, Sparmaßnahmen und Einnahmeverbesserungen. Im Übrigen profitierten von der Abschaffung der Studiengebühren sowie vom beitragsfreien Kindergartenjahr vorwiegend die weniger gut verdienenden Bürgerinnen und Bürger. Diese Maßnahmen kosteten

Fotos: Schälte



Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD)



Karl-Josef Laumann (CDU)

Norbert Römer (SPD)

Reiner Priggen (Grüne)

Regierungen in Deutschland und Europa einschließlich Griechenland verabschiedeten. Bis 2014 wolle Rot-Grün den heutigen Schuldenberg um 30 Milliarden Euro erhöhen, den die „Kinder und Kindeskindern abstottern“ müssten. Dies habe mit Nachhaltigkeit und Vorsorge nichts zu tun, meinte Laumann. „Die maßlose Neuverschuldung, über die das Verfassungsgericht zu befinden hat, ist Ihre Neuverschuldung, Frau Kraft, nicht unsere“, widersprach er der Koalition, die den Schuldenberg als Schlussbilanz der Vorgängerregierung deutet. Mit Blick auf das für den 15. März 2011 angekündigte Urteil erklärte der CDU-Fraktionsvorsitzende zudem, seine Fraktion werde erst danach in die Haushaltsberatungen einsteigen, wenn nämlich

auch weniger als das von der CDU propagierte verbindliche Vorschuljahr. Und schließlich müsse die heutige Landesregierung die Lücken schließen, die die Vorgängerregierung etwa bei der Kleinkindbetreuung, der Arbeitsschutz-, Versorgungs-, Umwelt- und Justizverwaltung sowie bei den Eichämtern hinterlassen habe. Daneben werde man alle Ausgaben einer Generalüberprüfung unterziehen, so der SPD-Fraktionsvorsitzende. Hierzu vermisse er die von CDU und FDP angekündigten Sparvorschläge.

Grünen-Fraktionsvorsitzender Reiner Priggen betonte den Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen. Vorbei sei es mit dem Mantra „Privat vor Staat“, mit dem Motto „Steuersenkung um

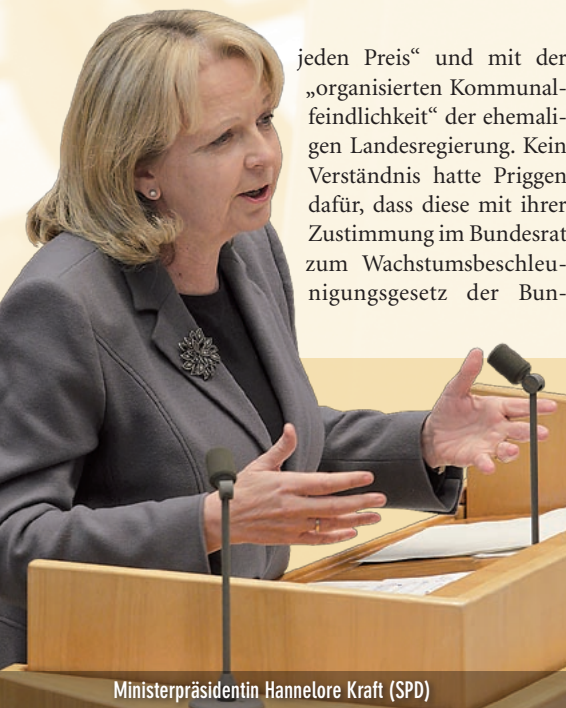
Haushaltseckdaten

(in Milliarden Euro)

	2007 (Ist)	2008 (Ist)	2009 (Ist)	2010 (Soll)	2011 einschl. Ergänzung
Haushaltsvolumen	50,0 Mrd. €	51,3 Mrd. €	55,3 Mrd. €	53,1 Mrd. €	55,8 Mrd. €
Steuereinnahmen	40,5 Mrd. €	42,1 Mrd. €	38,5 Mrd. €	36,8 Mrd. €	38,8 Mrd. €
Nettoneuverschuldung	1,86 Mrd. €	1,12 Mrd. €	5,98 Mrd. €	6,7 Mrd. €	7,2 Mrd. €
Investitionen (Investitionsquote*)	4,35 Mrd. € (8,7 %)	4,6 Mrd. € (9,5 %)	7,1 Mrd. € (12,9 %)	5,0 Mrd. € (9,5 %)	5,2 Mrd. € (9,3 %)
Zinsausgaben (Zinsausgabenquote*)	4,74 Mrd. € (9,5 %)	4,82 Mrd. € (9,5 %)	4,74 Mrd. € (8,7 %)	4,66 Mrd. € (8,6 %)	4,55 Mrd. € (8,0 %)
Personalausgaben (Personalausgabenquote*)	19,6 Mrd. € (39,3 %)	19,0 Mrd. € (37,7 %)	20,6 Mrd. € (37,1 %)	20,8 Mrd. € (39,3 %)	21,9 Mrd. € (39,4 %)

* Die Quoten werden anhand der bereinigten Gesamtausgaben ermittelt.

Quelle: Finanzministerium NRW



Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)

desregierung 880 Millionen Euro „leichtfertig weggegeben“ habe. Eine solche Summe, umgerechnet 17.000 Stellen, könne das Land nicht einfach wieder einsparen. Drei zentrale Ziele der Koalition hob Priggen heraus. Erstens wolle sie die Kommunen in ihrer „dramatischen“ Notlage unterstützen. Zweitens solle kein Kind zurückbleiben. Langfristiges Ziel sei, die gesamte Ausbildung kostenfrei zu machen, damit die Bildung nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Studiengebühren etwa hielten junge Menschen vom Studium ab. Drittens, führte Priggen aus, wolle die Koalition investieren statt reparieren und mit früher Förderung beispielsweise spätere Inobhutnahmen von Kindern oder zermürbende Warteschleifen für Arbeitslose vermeiden. „Wir wissen, dass Einsparungen nötig sind“, sagte Priggen. Die Haushaltsproblematik lasse sich aber nicht durch eine

„Rasenmäherpolitik“ etwa bei Personalkosten lösen. Als notwendig erachtete er verbesserte Einnahmen: „Ohne Änderungen beim Bund werden wir keine Chance haben.“

„Fast sprachlos“ machten ihn die Ausführungen des Finanzministers, sagte Dr. Gerhard Papke (FDP). Der Fraktionsvorsitzende hielt es für respektlos gegenüber dem Verfassungsgerichtshof, dass die Landesregierung trotz des noch ausstehenden Urteils zum Nachtragshaushalt bereits den Haushaltsentwurf 2011 vorgelegt habe. Offenbar wolle sie das Haushaltsverfahren unter Volldampf durchziehen, um ein brandgefährliches Thema möglichst schnell abzuräumen, vermutete er und erinnerte an den Volldampf-Kapitän der Titanic. Er empörte sich darüber, dass die Regierung mit ihrer mittelfristigen Finanzplanung schnurstracks in einen Bruch mit dem Grundgesetz hineinlaufe, das sie auf das Verschuldungsverbot schlicht pfeife. „Sie verabschieden sich von der Konsolidierung und machen aus ihrer Verschuldungsorgie eine Staatsphilosophie“, kritisierte der FDP-Sprecher die Landesregierung. Dabei ließen sich komplexe Probleme nicht einfach mit immer mehr Geld hinwegspülen. Trotzdem – auch wenn die Regierung nicht daran glaube – CDU und FDP hätten in der vergangenen Wahlperiode gezeigt, dass Konsolidierung möglich sei. Mit dem Abbau von 12.000 Stellen in der allgemeinen Verwaltung ließen sich 600 Millionen Euro einsparen, rechnete Papke vor. Eine Totalverweigerung der Konsolidierung führe in den Staatsbankrott. Papke bezeichnete den Haushalt der Landesregierung als weiteres Dokument des Scheiterns.

Die Wandlung von CDU und FDP „vom Saulus zum Paulus“ – gestern Schuldenmacher, heute

Schuldenbremse – hielt Bärbel Beuermann (Linke) für nicht glaubwürdig. Nach dieser Vorbemerkung erklärte die Fraktionsvorsitzende, dass die Linke für Investitionen in die Zukunft der Menschen in NRW stehe und dafür im vorgelegten Haushaltsentwurf Schnittmengen erkenne. Dieser sei nicht nur Ausdruck eines Politikwechsels, sondern zeige auch eine Kurskorrektur in Richtung Vorsorge und Nachhaltigkeit, lobte sie. Die Wirksamkeit von Zukunftsinvestitionen ließen sich nicht immer innerhalb eines Jahres nachvollziehen, auch seien diese nicht aus der Portokasse zu bezahlen, zeigte Beuermann Verständnis für neue Schulden. „Wir müssen über den Tellerrand hinausschauen“, betonte sie und zählte Ziele auf, für die Investitionen lohnten: Bildung für nachfolgende Generationen, handlungsfähige Kommunen, beitragsfreie Bildung vom Kindergarten bis zur Weiterbildung, bezahlbaren Wohnraum und Nahverkehr auch für sozial Schwache, eine Teilhabe aller Menschen am sozialen Leben und



Dr. Gerhard Papke (FDP)

Bärbel Beuermann (Linke)

Einzeletats

(in Milliarden Euro)

	2011
Landtag	0,103
Ministerpräsident	0,119
Innen	4,614
Justiz	3,545
Schule und Weiterbildung	14,325
Innovation, Wissenschaft, Forschung	6,195
Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport	2,262
Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz	0,832
Arbeit, Integration und Soziales	2,149
Finanzen	1,949
Landesrechnungshof	0,039
Wirtschaft, Energie, Bauen und Verkehr	4,007
Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter	0,922
Allgemeine Finanzverwaltung	14,760
Summe	55,823

Quelle: Finanzministerium NRW



eine bessere öffentliche Daseinsvorsorge. Notwendige Ausgaben seien im Interesse aller Menschen. Beuermann warb für eine aktive Rolle des Staates und kündigte konkrete Verbesserungsvorschläge im Rahmen der Haushaltsberatungen an. An deren Berücksichtigung entscheide sich schlussendlich auch das Abstimmungsverhalten der Linken zum Haushalt.

„Scheinheilig“ sei die Aussage von CDU und FDP, man könne im Jahr 2011 auf einen Haushalt kommen, der die verfassungsmäßige Grenze der Neuverschuldung einhalte, sagte **Ministerpräsidentin Hannelore Kraft** (SPD). „Dies kann nicht gelingen.“ Denn die Verfassungsgrenze bedeute eine Neuverschuldung von höchstens 3,8 Milliarden Euro. Selbst wenn man die neuen Projekte der rot-grünen Landesregierung streiche, müssten zusätzlich immer noch 2,2 Milliarden Euro eingespart werden. Dies bedeute zum Beispiel einen Einstellungsstopp für die freiwerdenden 8.200 Stellen in Schulen, bei Polizei, Staatsanwaltschaften und Finanzämtern sowie im Richteramt. Alternativ müsste man alle Landesförderprogramme zum offenen Ganztage, zur Kultur, frühkindlicher Bildung und Stadterneuerung streichen, rechnete Kraft vor. Gleiches gelte für Kürzungen bei den Ersatzschulfinanzierungen, bei der Betreuung von Kleinkindern, Kindern und Jugendlichen sowie im Maßregelvollzug. „Geben Sie Butter bei die Fische“, forderte die Ministerpräsidentin CDU und FDP auf, konkrete Spar- und Kürzungsvorschläge zu machen. Ebenso sollten sie auf die jüngst von ihnen beantragten Mehrausgaben verzichten, die sich zum Beispiel im Bereich Schule auf rund eine Milliarde Euro beliefen. Diese Auseinandersetzung solle NRW politisch führen, mahnte Kraft. Sie warnte davor das Parlament durch häufige Klagen vor dem Verfassungsgerichtshof zu entmündigen.

GEMEINDEFINANZIERUNGSGESETZ (GFG)

„Der vorgelegte Entwurf zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 sieht eine der höchsten Finanzausgleichsmassen vor, die je in einem kommunalen Finanzausgleich gewährt wurden“, lobte **Kommunalminister Ralf Jäger** (SPD). Insgesamt

erhielten Städte und Gemeinden 323 Millionen Euro und damit 4,3 Prozent mehr Geld. Zudem habe Rot-Grün die Daten aktualisiert, auf deren Basis das Land die Milliarden verteile. „Dass dies durch die Vorgängerregierung nicht geschehen ist, ist letztendlich verantwortungslos“, kritisierte Jäger.

„Sie wollten die Notlage der Städte, Gemeinden und Kreise schamlos ausnutzen, um sich wenigstens an einem einzigen Tag als kommunale Heilsbringer und Gralshüter darzustellen“, warf **Bodo Löttgen** (CDU) der Regierung vor. Die im Nachtragshaushalt versprochene 300-Millionen-Euro-Soforthilfe knapse sie vielen Kämmerern nun über das GFG wieder ab. „217 Kommunen verlieren sogar im Saldo aus Nachtragshaushalt 2010 und Entwurf des GFG 2011“, erklärte der CDU-Sprecher und forderte Jäger dazu auf, den Entwurf zurückzuziehen.

„Den Kommunen wird in der Summe kein Geld aus den Taschen gezogen, sondern zusätzliches Geld in die Taschen gesteckt“, verteidigte **Marc Herter** (SPD) den Entwurf und appellierte an Löttgen, die Kommunen nicht länger gegeneinander auszuspielen. Schwarz-Gelb seien es gewesen, die in den vergangenen Jahren einen Raubzug durch die Kommunen veranstaltet hätten. Bezüglich der nun aktualisierten Daten warf Herter CDU und FDP zudem vor: „Sie haben auch 2010 auf der Basis der Zahlen von 1999 abgerechnet und sich dabei wohlfühlt.“

CDU und FDP hätten die finanzielle Basis der Kommunen auf Bundes- und Landesebene kaputt gehauen, konstatierte **Mehrdad Mostofizadeh** (Grüne): „Ihre Landesregierung hat die Kommunen mehrfach – das ist sogar gerichtlich bestätigt – über den Leisten gezogen.“ Und nun gingen diese beiden Fraktionen hin und erzählten den Leuten, Rot-Grün würde den Städten und Gemeinden Geld wegnehmen, kritisierte der Grüne. „Das ist nicht zu fassen.“ Es gehe doch lediglich darum, die Datenbasis auf den aktuellsten Stand zu bringen.

„Für uns ist es das kommunalfeindlichste GFG aller Zeiten“, sagte **Horst Engel** (FDP). Es verteile Finanzmittel zulasten kreisangehöriger Städte und

Gemeinden. Viele Kommunen dränge dies in die Haushaltssicherung oder sogar direkt ins Nothaushaltsrecht. „Sie wissen, dass das Gemeindefinanzierungssystem im Ganzen zu überarbeiten ist“, kritisierte Engel. Trotzdem habe Rot-Grün, anders als noch von Schwarz-Gelb geplant, nun einzelne Werte verdreht anstatt im kommenden Jahr das gesamte System anzupassen.

Die Linken-Abgeordnete **Özlem Alev Demirel** forderte die anderen Fraktionen dazu auf, Städte und Landkreise in NRW nicht länger gegeneinander auszuspielen: „Wir dürfen uns doch nicht auf der Landesebene instrumentalisieren lassen.“ Vielmehr gehe es darum, die Situation in allen Kommunen zu verbessern. Dazu müsse die Regierung jedoch mehr Geld in die Hand nehmen. „Erhöhen Sie endlich die Verbundmasse“, appellierte Demirel an alle Fraktionen. „Kommen Sie Ihrer Verantwortung gegenüber den Kommunen nach!“

cw/sow/bra

Der Gesetzentwurf zum Landshaushalt 2011 (Drs. 15/1000) wird in drei Lesungen beraten. Bis zu den folgenden Lesungen werden die Fachausschüsse tätig, diskutieren im Detail und hören Sachverständige an.

Daten zur Gemeindefinanzierung

(in Klammern Veränderung gegenüber Vorjahr/ Angaben in Euro)	
Zuweisungen	7.922 Millionen (+24 Millionen)
Schlüsselzuweisungen	6.722 Millionen (+29 Millionen)
davon für	
• Gemeinden	5.275 Millionen
• Kreise	787 Millionen
• Landschaftsverbände	659 Millionen
Schulpauschale/Bildungspauschale	600 Millionen
Investitionspauschalen	521 Millionen (+3 Millionen)
Pauschale Bedarfszuweisungen	28 Millionen (-1 Millionen)
Sportzuweisungen	50 Millionen
Verbundsatz	23 Prozent

Quelle: Finanzministerium NRW